Der Kosovo-Krieg Beispiel europäischer Konfliktlösung?

Protokoll eines Vortrages von Univ. Prof. Dr. Ulrich Albrecht, FU Berlin

Thomas Pfeiffer*

18. September 2000

Zusammenfassung

Im Rahmen der internationalen Ringvorlesung "Welcher Friede? Lehren aus dem Kosovo-Krieg. Beiträge der Wissenschaft" analysieren renommierte FriedensforscherInnen, PolitikwissenschafterInnen, HistorikerInnen und SozialwissenschafterInnen die Lehren des Kosovo-Krieges, diskutieren die Alternativen einer Politik mit friedlichen Mitteln und präsentieren ihre Vorschläge für einen gerechten und dauerhaften Frieden für die Balkanregion. Im weiteren geht es um die Folgen des Kosovo-Krieges für die europäische Friedens- und Sicherheitspolitik und eine neue Perspektive der Friedens- und Konfliktforschung. Der Vortrag von Dr. Albrecht wurde am 20. Jänner 2000 im Hörsaal 16 der Universität Wien gehalten und von Univ. Prof. Dr. Helmut Kramer moderiert.

Lehrveranstaltung: Einführung in die Politikwissenschaft

gehalten im Wintersemester 1999/2000

Vortragende: Eva Kreisky, Birgit Sauer

Autor: Thomas Pfeiffer, 9325691, A301/A300

 $^{^*}Mail$: thomas.pfeiffer@maxonline.at

Vorweg möchte ich betonen, dass dieses freitextliche Protokoll auf Basis handschriftlicher Notizen, die während des Vortrages von Dr. Albrecht gemacht wurden, entstanden ist. Trotz größter Bemühungen ist es daher möglich, dass sich Missverständnisse oder gar Fehler eingeschlichen haben.

1 Vorbemerkungen

Der Kosovo-Konflikt beschäftigt und spaltet akademische, journalistische und sogar kirchliche Kreise wie kaum ein anderer Konflikt je zuvor. Dies betrifft vor allem die Rot-Grüne Koalition in Deutschland; meine heute über Deutschland getätigten Aussagen gelten aber auch für viele andere europäische Staaten.

Man muss sich fragen, ob die Gegenwart im ehemaligen Jugoslawien nicht vielleicht nur eine Zwischenkriegszeit ist. Der Krieg schritt von Norden nach Süden vor, über Slowenien, Kroatien, Bosnien und Makedonien kam er in den Kosovo. Doch die Situation dort ist keineswegs stabil genug für einen dauerhaften Frieden. Darauf werde ich aber später noch zu sprechen kommen.

Man muss den Versuch der Problemlösung im Kosovo in drei Dimension sehen: die innerdeutsche Dimension, die eingesetzten Kriegsmittel und die operativ-politische Dimension. Über diese Aspekte will ich nun sprechen.

2 Die innerdeutsche Dimension

Der Kosovo-Krieg eröffnete eine völlige Neuorganisation der Doktrin der NATO: War die NATO ursprünglich angelegt zur Verteidigung innerhalb des Vertragsgebietes, so wurde sie nun zu einer Interventionsarmee für Out-of-Area-Einsätze. In einem richtungsweisenden Urteil hat das Deutsche Höchstgericht 1994 erkannt, dass die deutsche Bundeswehr ein Heer des Parlaments und nicht der Exekutive ist. Die Entsendung deutscher Soldaten zu Kampfeinsätzen im Kosovo durch die deutsche Bundesregierung war daher ein klarer Verstoß gegen dieses Urteil und das deutsche Grundgesetz. Eine entsprechende Klage der PDS hat daher Aussicht auf Erfolg.

Die Rot-Grüne Koalitionsregierung verstieß noch gegen weitere Verträge:

- Vertrag der deutschen Wiedervereinigung, in dem sich das wiedervereinte Deutschland verpflichtet, Waffen niemals einzusetzen, außer im Einklang mit dem Grundgesetz. Es stimmt daher verwunderlich, dass Russland als einer der Signatarstaaten dieses Vertrages keinen Einspruch erhob.
- Koalitionsvertrag der Bundesregierung, in dem sich die Bundesregierung verpflichtet, deutsche Streitkräfte nur für die Friedenssicherung unter dem Gewaltmonopol der UNO einzusetzen.

Es ist beachtenswert, dass ausgerechnet eine Rot-Grüne Regierung erstmals in der Nachkriegsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland unter Verletzung des Grundgesetzes Soldaten zu Outof-Area-Kampfeinsätzen schickt.

Man argumentierte dies mit einer Notsituation – es sei humanitäre Hilfe notwendig. Doch wird man das auch in Zukunft so argumentieren können? Wird es in Zukunft *nur* mehr Ausnahmesituationen geben?

3 Kriegsmittel: Luftkrieg

Schon 1921 überraschte US-General MITCHEL: Er ließ große, bis dahin als unverwundbar geltende Schlachtschiffe aus der Luft versenken. Während des Zweiten Weltkrieges glaubte man, dass der Luftkrieg den Kriegswillen der Bevölkerung brechen würde. Dies war damals – wie heute im Kosovo – ein Irrtum.

Trotzdem erschien im Sommer 1999 in der New York Times ein ungezeichneter Artikel, der im Luftkrieg die bevorzugte Form der Intervention sah. Die US-Streitkräfte sollten daher gerade für den Kampf in Gebieten mit ethnischen Konflikten wie den Kosovo hochgerüstet werden. Der Kosovo-Krieg wurde so zum Modell für zukünftige Kriege und Kriegsführung stilisiert.

4 Die operativ-politische Dimension

Die operativ-politische Dimension geht der Frage nach, wie Entscheidungsträger mit dem Konflikt umgegangen sind, welche Konfliktlösungsmöglichkeiten gefunden bzw. nicht gefunden wurden.

Falsche Einschätzungen

Der Kosovo-Luftkrieg war der Worst Case in einer ganzen Reihe von nicht ernst genommenen Möglichkeiten. Man ging von der falschen Annahme aus, militärische Drohgebärden und einige Luftschläge würden reichen, den jugoslawischen Präsidenten MILOSEVIC zur Kapitulation zu zwingen. Doch genau das Gegenteil war der Fall. Man muss die Frage stellen, ob Politik sich nicht gerade dadurch auszeichnen sollte, dass sie die Folgen ihres Handelns abschätzen kann.

Auch die Vertreibungen der Albaner aus dem Kosovo waren vorhersehbar: Jahre vorher war Ähnliches in Bosnien passiert. Es wäre ein Leichtes gewesen, in diesen beiden Konfliktherden Ähnlichkeiten zu entdecken.

Schlechte Friedenspläne

Der Friedensplan von Rambouillet wurde von den Vereinigten Staaten entwickelt. Nur rund 20~% davon waren verhandelbar, der Rest unabänderlich. Neben positiv zu bewertenden Ideen, wie zB der Einsetzung eines Ombudsmannes, an den sich beide Seiten wenden könnten, enthielt er aber auch Bestimmungen, die über einen Friedensplan weit hinaus gehen: etwa den Passus, Serbien habe eine freie Marktwirtschaft einzuführen.

Die Maximalforderungen der USA waren für die Serben eindeutig zu groß, weshalb es gar nicht zur Kapitulation kommen konnte. Die Kluft war unüberbrückbar, wodurch sich eine militärische Auseinandersetzung nicht mehr verhindern ließ.

Auch hier hat man die Reaktion von MILOSEVIC falsch eingeschätzt. MILOSEVIC war während der Kriegshandlungen vollkommen unangefochten. Erst mit Beendigung des Krieges regte sich die Opposition.

5 Lösungsvorschläge für die Zukunft

Aus dem bisher Gesagten ergeben sich folgende Kritikpunkte:

- Interventionen im Kosovo-Krieg fanden unter Vorgabe des Ergebnisses statt. Dies zeugt von einem massiven Herrschaftswillen, der durch den Faktor "Bombe" untermauert wird.
- Die Entscheidungsprozesse waren intransparent, die Pressepolitik fraglich. So durften nur Journalisten kriegsführender Länder aus den Kampfgebieten berichten und selbst hier war

der Ort des Berichtes vorgegeben. Auch Verlustzahlen wurden nicht bekannt gegeben. Es sollte deshalb das Verhältnis des Militärs zu zivilen Organisationen (konkret zu Medien) überdacht werden.

- Die NATO selbst bestimmt die Agenda, sie sucht sich aus, wo sie Menschenrechtsverletzungen auch als solche empfindet. Man denke nur die Kurdenproblematik im NATO-Mitgliedsland Türkei oder die ständige Konfliktsituation zwischen den beiden NATO-Mitgliedsländern Griechenland und Türkei.
- Die NATO kann als friedensstiftendes Instrument nur der wirklich letzte Weg sein denn ihre Mittel sind militärische und nicht politische.

Die Lehren daraus sind klar: Die Politik ist zu stärken! Kommt es in der Globalisierung zu einer Entgrenzung der Wirtschaft, so kommt es in der Heerespolitik zu einer Entgrenzung des NATO-Einsatzgebietes: Die NATO wird außerhalb ihres Vertragsgebietes eingesetzt. Erste Ideen für friedliche Konfliktlösungen gab es schon 1990 in einem NATO-Papier. Nichts davon wurde umgesetzt. Doch vielleicht geschieht dies als eine der Lehren aus dem Kosovo-Krieg?

6 Diskussion

Dr. Kramer dankte dem Redner und fasste dessen Thesen kurz in zwei Aspekten zusammen: die internationale Politik unter der Herrschaftsperspektive und die Auswirkungen des Kosovo-Konflikts auf die (deutsche) Innenpolitik. Die daran anschließende Diskussion dauerte fast eine Stunde.

F: Der Vortrag entspricht eher der Sicht der NATO denn jener der Serben.

A: Es ging um die Beleuchtung der Auswirkungen und der Lehren des Konflikts auf Europa im allgemeinen und die NATO im speziellen. Man muss sich fragen: Wenn das Motiv des Krieges die Verhinderung von Menschenrechtsverletzungen war – wie soll das mit einem Luftkrieg funktionieren?

Es scheint sogar, dass ein großer Teil der Menschenrechtsverletzungen – natürlich unter Duldung oder gar Unterstützung der jugoslawischen Regierung – von halbmilitärischen Organisationen begangen wurde. Wie kann so etwas mit einem Luftkrieg verhindert werden?

F: Es gab keinen Genozid; dieser wurde lediglich angedroht.

A: Man muss hier sehr wohl abgrenzen. Ein Vergleich mit dem Dritten Reich wäre unverantwortlich gegenüber den Opfern dieses Regimes. In der Tat war die Vernichtung der Albaner niemals Direktive der jugoslawischen Regierung – die Vertreibung aber schon. Und natürlich hat es auch Massaker gegeben.

F: Seit die NATO im Kosovo ist, flüchten Roma und Serben. Dies stellt eigentlich nur eine Umkehrung jener Vorgänge dar, die der NATO-Einsatz verhindern sollte.

A: Es stellt sich eine Frage: Wie beherrschbar ist der Alltag? "Frieden" ist derzeit in der Tat noch das falsche Wort. Man sieht also, dass selbst die NATO keine stabile Situation brachte. Sozialwissenschafter beobachten übrigens den Einsatz der Soldaten im Kosovo. Sie stellen dabei eine verheerende Naivität im Herangehen an den Wiederaufbau fest.

F: Sind die Massaker im Kosovo genauso realistisch wie jene in Bosnien? Damals konnte die UNO die Massaker ebenfalls nicht nachweisen.

A: Natürlich existiert eine große Grauzone. Es fällt schwer zu verifizieren, wer von wem erschossen wurde. Die Propaganda beider Seiten trägt ebenfalls nicht zur Aufklärung bei.

Sie kennen sicher das berühmte Foto, auf dem abgemagerte Menschen hinter einem Stacheldraht zu sehen sind. Dieses Foto erweckt natürlich den Eindruck von Konzentrationslagern. In Wirklichkeit

stand damals das Kamerateam hinter dem Zaun, und die Menschen hatten sich – wohl aus Neugier – davor versammelt.

F: Zuerst, Herr Professor, muss ich sagen, dass ich mich schon seit mehr als dreißig Jahren mit dieser Thematik beschäftige. Ich muss Ihnen in allen Punkten Recht geben. Aber lassen Sie mich noch ein paar Anmerkungen machen: Erstens: Der NATO-Einsatz stand nur unter dem Befehl der USA. Zweitens: Außer der Zerstörung der Infrastruktur waren die militärischen Erfolge gering. Drittens: Während des Zweiten Weltkrieges wurden viele Serben Opfer von SS-Massakern. Und viertens: Ich meine, dass der wahre Krieg noch kommt.

A: Das Kriegsziel war die Rückgängigmachung der Vertreibung der Kosovaren. Dieses Ziel wurde sehr wohl erreicht. Allerdings löste dies neue Vertreibungen aus. Die kollektive Erinnerung an Grausamkeit ist in der Bevölkerung sicher vorhanden, was wahrscheinlich zu einer gewissen Offenheit für Gewalt führt. Ihre Aussage über die Zwischenkriegszeit ist also auch dadurch begründet.

Zu den USA: US-Kollegen meinen, dass die USA die Südflanke der NATO sichern wollten. Dieses Gebiet dient auch der Ölzufuhr zu Westeuropa, es stellt eine Flanke gegen die "Schurkenstaaten" im Nahen Osten dar und es bildet eine Verbindung zu Ungarn, das an kein einziges NATO-Land grenzt. Aus Sicht eines Mitteleuropäers mag diese Argumentation vielleicht etwas bizarr wirken – aber sie ist wohl kaum von der Hand zu weisen.

F: Man hat im Vertrag von Dayton den Kosovo ausgeklammert. War dies nicht vielleicht ein Freibrief für MILOSEVIC?

A: Im Vertrag von Dayton wollte man eine möglichst schlanke Agenda. Daher kam es zu einer Ausklammerung des Kosovo. Hier sah man auch ein anderes Lösungsmodell vor: Militärischer Druck durch die NATO sollte die Albaner im Kosovo schützen.

Allerdings gilt es eine prinzipielle Frage zu beantworten. Wie soll man in Zukunft mit den Sezessionsbegehren von Minderheiten umgehen? Sollen sich laufend weitere Kleinstaaten bilden, die für sich genommen kaum lebensfähig sind? Dies ist am Beispiel Mikronesien leicht zu illustrieren: "Unsere äußere Sicherheit ist Sache der UNO." Eine Möglichkeit wäre die Garantie von Autonomie durch föderale Staatenbünde, wie zB der EU. Doch genau jene EU hat nicht auf Föderalismus in Jugoslawien hingearbeitet, sondern den Konflikt militärisch gelöst.

Eine weitere Möglichkeit wäre die Einrichtung von Foren für Minderheiten, wo diese ihre Anliegen vorbringen können, ohne sich gleich des Hochverrats schuldig zu machen. Dies würde beispielsweise auch den Kurden die Möglichkeit geben, sich zu artikulieren.

F: Sie kritisierten die Medienpolitik der NATO. Wie sehen Journalisten ihre eigene Situation?

A: Wenn Krieg ist, hat die Friedensforschung Hochkonjunktur. Ich selbst wurde zu Beginn des Kosovo-Krieges von vielen Fernsehstationen eingeladen. Interessant für mich waren dabei die Gespräche mit den Journalisten, die außerhalb der Sendezeit stattfanden. Die Journalisten kritisierten nämlich mangelnde Ausgewogenheit: Würde man bei anderen Themen Standpunkte und Interviews beider Seiten bringen, damit sich der Zuseher sein eigenes Bild machen könnte, so habe man bei der Berichterstattung über den Kosovo-Konflikt nur Material der NATO zur Verfügung.

F: Ich halte es für nicht richtig, wenn die Verhandlungen von jenen Menschen geführt werden, die auch den Einsatzbefehl geben können.

A: In der Tat erwartete Serbien, dass die EU – als föderales Gebilde – Serbien unterstütze. Doch unterlag man hier einem Irrtum. Der Vermittler sollte ein Neutraler gänzlich ohne eigene Interessen sein, der nur zu schlichten versucht. Die Vermittler im Kosovo-Konflikt brachten aber eigene Vorstellungen der Konfliktlösung vor, sie waren nicht unvoreingenommen.

Es wäre vielleicht besser gewesen, hätte man den Kosovo-Konflikt mit einer von kleinen Staaten ohne Globalinteressen getragenen UNO-Mission zu lösen versucht.

DR. KRAMER dankt DR. ALBRECHT, dem Publikum und den Veranstaltern.